

**Beginn: 10:00 Uhr**

**Präsident André Kuper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich zu unserer heutigen, 29. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt wie immer auch den Gästen auf der Besuchertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **21 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

(Unruhe – Glocke)

Geburtstag haben heute zwei Abgeordnete: zum einen Simone Wendland von der Fraktion der CDU und zum anderen Jens-Peter Nettekoven von der Fraktion der CDU. Beiden einen herzlichen Glückwunsch, alles Liebe und alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich darf nun aufrufen:

**1 Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen! – Landesregierung muss Interessen besser zum Ausgleich bringen**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3786

In Verbindung mit:

**Den ländlichen Raum stärken statt vernachlässigen!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3657

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 27. März 2023 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Für die FDP spricht als Erster der Kollege Rasche als Abgeordneter des Landtags.

**Christof Rasche**<sup>\*)</sup> (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern Abend durfte ich das Plenum noch schließen. Heute Morgen darf ich es, zumindest was die Reden betrifft, schon wieder eröffnen. Das ist fast noch schöner als der Geburtstag unserer beiden Kollegen aus der CDU-Fraktion.

Es ist aber heute Morgen ein ernstes Thema. In dieser Aktuellen Stunde geht es um die Hälfte von Nordrhein-Westfalen. Es geht um die Regionen mit den Hidden Champions und damit um rund 8 Millionen Einwohner. Es geht um den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen. Und es geht um die politische Frage, welchen Stellenwert der ländliche Raum für die Landesregierung und die Koalition von CDU und Grünen hat.

Ich komme aus Südwestfalen und sehe viele Kollegen, die ebenfalls daher kommen. Die CDU hat alle zehn Wahlkreise direkt geholt.

(Beifall von der CDU)

Dann denkst du: Der ländliche Raum ist bei der CDU gut aufgehoben.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

– Schön, dass Sie wach werden.

(Heiterkeit)

Man denkt, der ländliche Raum sei dort gut aufgehoben. Aber es kommen Zweifel. Ich kann Ihnen sagen: Immer mehr Menschen in diesen ländlichen Regionen sind von der Politik dieser Regierung enttäuscht.

(Beifall von der FDP – Zurufe)

– Die anderen Kollegen werden auch wach. Das ist gut.

Die CDU kann diese Kritik jetzt leicht abtun und sagen: Typisch Opposition; da ist nichts dran. – Aber es gibt sehr kompetente und neutrale Partner in Nordrhein-Westfalen, die diese Kritik und diese Enttäuschung klar teilen und sich klipp und klar dazu äußern.

So äußert sich zum Beispiel, wie im Antrag steht, der Städte- und Gemeindebund mit dem Hauptgeschäftsführer Christof Sommer. Er mahnt an, dass die Landespolitik – und damit meint er die Landesregierung – endlich mehr für den ländlichen Raum tun muss, und nennt viele Beispiele, unter anderem die Felder Bildung, Kultur, Sport und Freizeit. Übersetzt heißt das: Die Landesregierung tut dort bisher zu wenig.

Ich führe gleich einige Beispiele an. Aber vorweg: Ich bin davon überzeugt, dass der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen bärenstark ist. Der ländliche Raum braucht keine außergewöhnlichen Hilfen. Er darf aber auch nicht vernachlässigt werden. Genau das ist der Punkt und der Grund für die Kritik an der Politik dieser Regierung.

(Beifall von den GRÜNEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ausschließlich Behauptungen und keine Belege!)

– Ich wundere mich immer, dass Kollegen aus einer so großen Stadt wie Essen den ländlichen Raum überhaupt kennen, lieber Kollege.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das fängt ja schon flach an! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich nenne vier Beispiele.

Erstes Beispiel: Flüchtlinge. Die Kommunen leiden sehr unter dem Strom von Flüchtlingen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Der Städtetag mit Thomas Kufen – aus Essen –, CDU, und der Städte- und Gemeindebund mit Christof Sommer, ebenfalls CDU,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

haben 70.000 Landesunterkünfte für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen gefordert. Diese 70.000 haben sie übrigens zu einem Zeitpunkt gefordert, zu dem die Situation noch gar nicht so verschärft war, wie sie heute ist.

Und was macht die Landesregierung? Sie sagt: Wir schaffen bis zu 35.000 Landesunterkünfte; mehr machen wir nicht. – Basta! Keine Verhandlung, nichts; keine Bewegung bei dieser Landesregierung und der zuständigen Ministerin.

Noch einmal klipp und klar: Vertreter der CDU in wichtigen Organisationen fordern das Doppelte dessen, was die Landesregierung tut.

Zweites Beispiel: finanzielle Ausstattung der Kommunen. Der Landkreistag hat gerade in dieser Woche angemahnt: Die Kommunen gehen in die Pleite. Sie können wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen. Finanzielle Zuweisungen müssen deutlich steigen.

Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen ist sehr von den Kollegen der CDU geprägt – und nicht von anderen, schon gar nicht von der FDP.

Drittes Beispiel: Ausgleich zwischen Klimaschutz, Wirtschaft und Arbeitsplätzen. Darum geht es. Der ländliche Raum ist geradezu überzogen von Landschaftsschutzgebieten,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Oh! Das ist aber schlimm!)

Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten. Bisher sind zum Beispiel keine Windkraftanlagen und keine Solaranlagen in diesen Gebieten erlaubt, obwohl dort viel Industrie angesiedelt ist, zum Beispiel auch energieintensive Industrie, zum Beispiel Zementwerke.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ah! Zum Beispiel!)

Diese wollen direkt neben dem Werk regenerative Energie erzeugen und sie sofort verbrauchen.

Aber diese Landesregierung bekommt es bisher nicht hin, den Widerspruch zwischen Naturschutz auf

der einen Seite und notwendiger Energie- und Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite aufzulösen. Das ist ein Riesenproblem. Ich weiß, dass Herr Krischer daran arbeitet. Aber die Lösung liegt bisher noch nicht auf dem Tisch.

(Beifall von der FDP)

Was man aber plant, ist ein weiteres Naturschutzgebiet im Sauerland. Ohne die erste Frage zu lösen, sollte man auf das zweite Ziel, weitere Gebiete auszuweisen, verzichten.

Es gibt aber noch drei weitere wichtige Themen, die ich in dieser ersten Runde kurz benennen möchte und gleich in der zweiten Runde noch einmal ansprechen werde. Es geht um die Bereiche „Feuerwehren“, „Sport“ und „Ehrenamt“.

Der Städte- und Gemeindebund fordert am 28. Februar 2023 – das ist noch nicht lange her – in seiner Pressemitteilung die Landesregierung dazu auf, die Förderungen im ländlichen Raum für Sport und Feuerwehren nicht zu streichen.

Nehmen wir das Beispiel der Feuerwehren. Die Standards haben sich deutlich erhöht. Es sind Investitionen in allen Feuerwehrgerätekäusern, auch der freiwilligen Feuerwehr, notwendig. Viele Feuerwehrgerätekäuser müssen neu aufgebaut werden.

Wir haben in der alten Koalition überlegt: Wie gehen wir mit diesem Problem um? – Im Jahr 2020 haben wir darüber gesprochen, dass es ein Förderprogramm braucht. Allerdings wussten wir nicht, wie es abgerufen wird. Wir waren uns aber seinerzeit einig: Wenn der Bedarf groß ist und die Mittel abgerufen werden, werden wir diesen Ansatz erhöhen, weil nämlich der Bedarf da ist.

Was macht nun diese Koalition von CDU und Grünen? Sie streicht diesen Haushaltsansatz und setzt ihn auf null. Es gibt kein Geld mehr für Feuerwehrgerätekäuser im ländlichen Raum. Das ist ein Nackenschlag für die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen und für das Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Bei Sportstätten sieht es nicht anders aus. Bisher gab es dort pro Sportstätte die Möglichkeit einer Förderung in Höhe von 500.000 Euro. Da ist in den vergangenen Jahren viel entstanden. Insgesamt wurden 22 Millionen Euro über dieses Strukturprogramm in Nordrhein-Westfalen im ländlichen Raum investiert. Der Bedarf ist extrem groß. Das Programm war weit überzeichnet.

Zu welchem Schluss kommt dann diese Koalition? Nicht etwa, den Ansatz zu erhöhen, vielleicht sogar zu verdoppeln, sondern, ihn auf null zu setzen. Das ist wieder ein Nackenschlag, in diesem Fall neben der Feuerwehr für den gesamten Bereich „Sport“, also ein Drittel der Bevölkerung in Nordrhein-West-

falen, und erneut ein Nackenschlag für das Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Wir fordern die Kollegen von CDU und Grünen auf, Feuerwehrgerätehäuser- und Sportstättenförderung wieder in das Förderprogramm „Strukturerwicklung des ländlichen Raums“ aufzunehmen, damit es mit dem Sport, den Feuerwehren und dem Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen weitergeht und in die richtige Richtung geht. Vielen Dank dafür. Das wäre auch ein gutes Geburtstagsgeschenk für Jens Nettekoven. Er würde sich freuen.

(Beifall von der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU spricht Herr Dr. Nolten.

**Dr. Ralf Nolten (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem dürren Antrag habe ich mich schon gefragt, wo denn der aktuelle Anlass und der Aufhänger ist, der über den ursprünglich für gestern Abend angesetzten Antrag zum Dorferneuerungsprogramm hinaus diese Aktuelle Stunde begründet.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die ersten Absätze des Antrags auf Aktuelle Stunde geben vor, sich aufgrund von zwei Presseartikeln mit einem Verteilungsproblem von Wohnbedarfen zu beschäftigen, und enthalten den Hinweis auf ländliche Wohnungsleerstände.

Vor zwei Jahren war es die AfD, die genau mit diesem verqueren Ansatz zwecks Flüchtlingsunterbringung um die Ecke kam. Die Faktenlage hat sich seitdem nicht verändert. Ja, es gibt im Sauerland und im Lipperland Leerstandsquoten von 3 %. Diese gibt es aber auch in Hagen, Remscheid, Solingen und Mönchengladbach. Ja, liebe FDP, Münster hat nur gut 1 % – ähnlich wie Borken, Coesfeld, Wesel und Steinfurt.

Neben den mittelbaren Ursachen, nämlich den wirtschaftlichen, politischen und planerischen Rahmenbedingungen, sind für den Einzelfall schwierige Eigentumsverhältnisse, Lage und Bausubstanz sowie Gebäude- und Grundstückswerte entscheidend.

Die Situationsbeschreibung in Ihrem Antrag ist heute mehr denn je jenseits der Realität.

(Beifall von der CDU)

Warum, glauben Sie, rufen die Bürgermeister landauf, landab um Unterstützung bei der Flüchtlingsunterbringung? Wegen der vorhanden Leerstände, die Sie hier anführen?

In Ihrem Antrag finden sich furchtbar schlaue Sätze wie:

„Wir müssen die lokale Wirtschaft ankurbeln. Wo neue Arbeitsplätze geschaffen werden, werden potenzielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.“

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Bei einer Arbeitslosenquote in NRW von 7,2 % liegen die Quoten in Höxter bei 4,4 %, in Monschau bei 3,9 %, in Borken und im sauerländischen Schmallenberg bei 2,7 %.

Wirtschaftlich sind die ländlichen Kommunen im Schnitt nicht sehr viel schlechter aufgestellt – auch dank unserer gemeinsamen Politik mit der Aufwands-/Unterhaltungspauschale und der Aufstockung der Abwassergebührenhilfe, die endlich ein klein wenig den tatsächlich höheren Bedarfen durch ein Mehr an Straßen, Kitas und Schulen in dünn besiedelten Bereichen Rechnung tragen, sowie mit einer Finanzausstattung, die dazu geführt hat, dass bis zur Ukraine-Krise alle NRW-Kommunen ihre Liquiditätskredite um mehr als 20 % zurückführen konnten.

Ja, punktuell sind einzelne Regionen im Land benachteiligt, wenn es um Akademiker und Fachkräfte in bestimmten Bereichen geht.

Um den Klebeffekt zu stärken, gibt es im Gesundheitsbereich die neue Medizinische Fakultät OWL, die Landarztquote, die Niederlassungsprämie und die Einzelförderung zur gezielten Förderung der Versorgungsstruktur. Telemedizinische Komponenten mit den entlastenden Versorgungsassistenten sichern Versorgungsqualität in der Fläche genauso wie auch die neue Krankenhausplanung.

Merken Sie was? Während Sie, liebe FDP, Probleme beschreiben, sind wir gemeinsam mit den Strukturen vor Ort doch längst zu den Lösungen unterwegs.

Auch hinsichtlich der Verkehrsanbindung lohnt der differenzierte Blick. Gefühlt lebt jeder Zweite im ländlichen Raum. Meinen wir verkehrsmäßig schlecht angeschlossene Lagen in Eifel, Siegerland und Weserbergland? Da sind es weniger als 2 % der Bevölkerung.

Weder ländliche noch städtische Wohnungsmärkte weisen homogene Strukturen und Trends auf. So steht es in der Antwort auf die Große Anfrage zu ländlichen Räumen von August 2021. „Jung kauft Alt“, „Dorv-Läden“ oder „Bürgerbusse“ – wir unterstützen diese Initiativen.

Wir fördern die Initiativen vor Ort über das NRW-Programm „Ländlicher Raum“, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes und das Programm „Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum“.

Kein Programm macht das so deutlich wie das Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-West-“

falen.“, bei dem übrigens die Hälfte der Förderungen in die kleineren Kommunen geht.

Ländliche Räume sind nicht – wie bei Ihnen – Problemzonen, sondern Chancenräume. Das haben wir längst begriffen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Warum wird das längst überholte, uralte Stadt-Land-Dichotomie-Modell bei der FDP nun wiederbelebt? Wie ist es denn zu erklären, dass der in die heutige Debatte überführte Antrag den Titel „Den ländlichen Raum stärken statt vernachlässigen!“ trägt, der Antrag zu dieser Aktuellen Stunde aber in der Überschrift markig formuliert: „Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen!“?

Mit keinem einzigen Satz, Herr Rasche, wird aufgezeigt, wo wir denn diese Benachteiligung durchführen. Mit keinem einzigen Satz sind Sie darauf eingegangen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Deswegen beschleicht mich das Gefühl – und ich glaube, es trügt nicht –: Die Provinzwahlen in den Niederlanden mit dem starken Abschneiden der BorerBurgerBewegung, kurz BBB, ermuntern die FDP, die alte Dame, sich hier und heute in die Brust zu werfen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist es!)

Die FDP als Retterin der Landwirtschaft und des Ländlichen – so Ihr Tagtraum. Aber das hat leider keine Tagesaktualität. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Danke schön. – Für die SPD spricht die Abgeordnete Frau Kollegin Andrieshen.

**Nina Andrieshen (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin diese Woche mit dem Auto in Düsseldorf, aber nicht etwa, weil ich unglaublich gerne Auto fahre und mich des fehlenden Tempolimits erfreue – da muss ich Sie enttäuschen, liebe FDP –, sondern, weil der Zug, der um 6:15 Uhr in Bocholt hätte abfahren sollen, mal wieder nicht fuhr.

Dann steht man im Halbdunkeln auf einem Bahnsteig im Münsterland und fragt sich: Was tun? – Auf den nächsten Zug warten kann ich nicht. Er kommt erst in einer Stunde und fährt auch nur bis Oberhausen, von wo es dann über Umwege nach Düsseldorf geht, sodass ich zu spät kommen würde. Mit dem Bus nach Münster und ab dort mit dem ICE zu fahren geht auch nicht, weil das ebenfalls zu lange dauert.

Weil unser einziges Auto nun in Düsseldorf ist, muss mein Mann täglich 20 km mit dem Rad zur Arbeit

fahren und müssen andere Eltern meine Kinder zum Sport oder in die Schule mitnehmen. Und ich hoffe vier Tage lang, dass nichts passiert. Denn was ist, wenn etwas passiert und jemand zum Arzt muss? Dann muss der Autoschlüssel von Oma und Opa griffbereit sein, weil der Arzt nicht zu Fuß erreichbar ist, schon gar nicht mit einem kranken Kind.

(Unruhe – Glocke)

Das ist die eine Seite der Medaille, wenn man in ländlichen Gebieten in NRW lebt.

Die andere Seite ist die gute Nachbarschaft, die man kennt. Sie nimmt die Kinder mit zum Fußballtraining und in die Schule und hilft einem in solchen Notlagen aus. Die Nachbarschaft ist aber unter anderem auch deshalb so gut, weil man sich ständig aushelfen muss. Denn jeder ausgefallene Zug, jeder verspätete Bus, jeder ungeplante Arztbesuch ist eine Herausforderung, gerade für diejenigen, die sich anders als wir kein Auto leisten können. Genau diese Menschen im ländlichen Raum dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall von der SPD)

Die Streichung der Förderprogramme durch Schwarz-Grün hat auch uns verärgert. Denn wir wissen, wie wichtig gerade das Vereinsleben und das Ehrenamt auf dem Land sind.

Ich ärgere mich aber ehrlicherweise auch, liebe FDP, ein wenig über die Art und Weise, wie Sie diese Aktuelle Stunde hier beantragen. Denn Sie schreiben zwar, Sie wollten Land und Stadt nicht gegeneinander ausspielen, aber beschreiben die ländlichen Räume als Überlaufbecken für die Wohnungsnot in größeren Städten. Das wird der Sache genauso wenig gerecht wie die mangelhafte Koordinierung aufseiten der Landesregierung.

(Beifall von der SPD)

Sie sprechen zum Beispiel das Thema „Wohnungen“ an und verweisen auf den hohen Leerstand in ländlichen Gebieten als Lösung. Aber längst nicht alle Gemeinden haben Leerstand. Auch dort gibt es Wohnungsnot, gerade im unteren Preissegment. Kleine Mietwohnungen, insbesondere barrierefreie, sind häufig schwer zu finden.

Das trifft zwei Gruppen ganz besonders, und zwar erstens ältere Menschen. Wenn das Autofahren nicht mehr geht und man auch nicht mehr gut zu Fuß ist oder vielleicht sogar pflegebedürftig wird, stehen viele ältere Menschen in ländlichen Gebieten vor einer Entscheidung: Bleibe ich in meinem Haus in meinem Dorf, wo ich mich auskenne? Oder ziehe ich um, vielleicht zu meiner Familie in die Stadt, zumindest dahin, wo ich Supermarkt, Arzt und Apotheke gut erreichen kann?

Gerade ältere Menschen sind auf eine gute Infrastruktur angewiesen. Sie haben recht; die gesundheitliche Versorgung müssen wir verbessern. Kran-

kenhausschließungen werden gerade die ländlichen Kommunen betreffen. Gesundheitsangebote wie die Gesundheitslotsen oder das Modell Gemeindegeschwester<sup>plus</sup> und bessere telemedizinische Angebote können helfen.

(Beifall von der SPD)

Aber auch ein attraktives Wohnumfeld kann Ärzt\*innen motivieren, ihre Praxis im ländlichen Raum zu eröffnen.

Die zweite Gruppe, die dieser Wohnungsmangel besonders trifft, sind junge Menschen, insbesondere Azubis und der Fachkräftenachwuchs. Sie wollen nicht sofort ein Einfamilienhaus, sondern brauchen Zimmer, Küche, Bad. Und genau das fehlt in vielen Gemeinden: bezahlbarer und attraktiver Wohnraum für junge Menschen.

(Beifall von der SPD)

Das sagen uns auch die Kommunen und die Arbeitgeber im ländlichen Raum. Sie können es längst wirtschaftlich mit den Städten aufnehmen. Unsere Hidden Champions sitzen nicht mehr nur in Köln, Aachen und Düsseldorf, sondern auch in Menden, Sprockhövel und Alpen – noch. Denn sie kämpfen mit dem Fachkräftemangel genauso wie viele andere Firmen.

Sie haben recht; eine bessere Internetverbindung ist sicher ein Standortvorteil. Aber zum Wohnort gehört mehr als das Homeoffice.

Wir müssen Menschen die Entscheidung für ein Leben in ländlichen Regionen leichter machen. Das bedeutet, dass wir endlich Konzepte für die Lebensrealitäten vor Ort entwickeln sollten.

(Beifall von der SPD)

Es braucht familienfreundliche Arbeitsplätze und mehr Kita-Plätze. Wenn der Weg zur Kita und anschließend zur Firma zu lange dauert, fangen Familien an, zu rechnen, ob sich der ganze Aufwand überhaupt noch lohnt.

Es braucht Digitalisierung in Schulen und mehr Unterstützung bei der Verzahnung von Schule und Ausbildung.

Mittelständischen Unternehmen müssen wir bei der Anwerbung von Fachkräften zur Seite stehen.

Es braucht für junge Menschen die Stärkung insbesondere der aufsuchenden Jugendarbeit und Möglichkeiten, sich zu engagieren.

Auch die Unterstützung von Vereinsstrukturen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass junge Menschen ein gutes Angebot vor Ort finden, im Erwachsenenalter in ihrer Heimat bleiben oder nach ihrer Ausbildung wiederkommen.

Ich kann in der mir zur Verfügung stehenden Redezeit nur einige wenige Themen der ländlichen Räume grob anreißen. Es gibt noch viele weitere, auf die man näher eingehen müsste.

Aber ich habe mir bei dieser Gelegenheit einmal den schwarz-grünen Koalitionsvertrag angeschaut. Solide acht Zeilen haben Sie da für die ländlichen Räume verwendet.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der SPD:  
Ah! – Oh!)

Da lese ich Schlagworte wie zum Beispiel „Kulturlandschaften [...] bewahren“, „Wirtschaft stärken“, „Land- und Forstwirtschaft fördern“, „Tourismus weiterentwickeln“, „modernes Arbeiten“ usw. usf.

Das sind tolle Ziele. Nur: Wie Sie das machen wollen, haben wir bisher weder im Koalitionsvertrag gelesen noch im Ausschuss vom Landwirtschaftsministerium gehört, obwohl es federführend zuständig sein soll.

Wir wissen auch nicht, wie Sie sich untereinander absprechen. Denn das müssen Sie. Was ist mit der Digitalisierung der Schulen im ländlichen Bereich? Dafür wären Frau Scharrenbach und Frau Feller zuständig. Wie oft diskutieren Sie über die Verkehrsinfrastruktur und darüber, was das für die Krankenhausplanung und die Menschen vor Ort heißt, Herr Laumann und Herr Krischer?

(Kirsten Stich [SPD]: Keiner da!)

Wer von Ihnen hat darüber schon einmal mit Frau Gorißen gesprochen, die federführend zuständig ist?

Wir hatten die Diskussion im Umweltausschuss. Das MLV ist zuständig und sollte koordinieren. Aber bis auf LEADER, die Dorferneuerung, die Sie ja um 22 Millionen Euro gekürzt haben, und den Wegebau wurde auf die anderen Fachbereiche verwiesen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: LEADER und die Dorferneuerung binden die Kommunen ein. Das sind die Schlüsselakteure, wenn es um ländliche Räume geht.

Der Bottom-up-Ansatz darf aber nicht dazu genutzt werden, Verantwortung auf die Kommunen abzuwälzen. Das Land hat eine klare Verantwortung. Dazu bedarf es endlich einer ressortübergreifenden Planung. Diese fehlt uns bisher eindeutig.

(Beifall von der SPD)

Die ländlichen Räume sollen nicht zu Städten werden. Ihre große Stärke ist, dass sie genau das nicht sind. Sie dürfen weder nur als Überlauf für die Städte gedacht werden, noch dürfen wir in der Hoffnung, Kommune und Gemeinschaft würden das schon irgendwie regeln, sie sich selbst überlassen. Da haben die Menschen Besseres verdient. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Herr Rüße.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute in einer Aktuellen Stunde unter dem Titel „Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen!“ Meine beiden Vorredner haben es schon gesagt: Dieser Titel ist völlig falsch in einer politischen Debatte, in der wir uns fair darüber unterhalten sollten, wie ländliche Räume und städtische Räume unterstützt werden können. Diese Überschrift will spalten, Herr Rasche. Das sollte man nicht tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sie sind schon lange hier im Landtag. Ich bin jetzt auch schon ein paar Jahre hier und habe die ganzen Debatten um GFG-Mittel mitbekommen. Egal, ob es eine schwarz-gelbe oder eine rot-grüne Regierung war oder jetzt die schwarz-grüne Regierung ist: Immer wieder wurden die Prioritäten ein bisschen von hier nach da verschoben. – Das liegt daran, dass es unterschiedliche Sichtweisen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen gibt.

Niemandem würde ich aber unterstellen – auch Ihnen nicht –, dass man tatsächlich andere Räume zugunsten des ländlichen Raums oder zugunsten der Städte benachteiligen will. Deshalb sollten wir auf solche Überschriften verzichten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich will das Wort „Überlaufbecken“ aufgreifen, das gerade gefallen ist; das fand ich nicht schlecht. Wir haben eine gewisse Unruhe im ländlichen Raum. Ihn stört am meisten, dass er sich häufig als Verfügungsmasse empfindet,

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

auf die man zurückgreift, um bestimmte Dinge tun zu können.

Das Wertvollste, was der ländliche Raum hat, sind Grund und Boden. Der ländliche Raum hat die Fläche, auf der tatsächlich Verkehrswege gebaut werden müssen und auf der Naturschutzprojekte umgesetzt werden können. Das kann man im Zweifelsfall nur im ländlichen Raum machen.

Den Menschen ist aber wichtig, dass es immer gut begründet geschieht, wenn es denn geschieht, und dass wir immer wieder das Signal senden, dass wir nur die Fläche in Anspruch nehmen, die wirklich absolut notwendig ist, ohne darüber hinauszugehen.

Beim Rheinischen Revier kann man sich schon fragen, ob wir in der Vergangenheit eigentlich das Recht hatten, die Braunkohle dort so abzubauen, wie es geschehen ist. Denn es hätte die Alternative gegeben,

konsequent Energie einzusparen, um eben nicht solche Eingriffe vornehmen zu müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für den Kiesabbau am Niederrhein und auch für den Kalksteinabbau im Kreis Steinfurt, bei dem es um die Zementwerke geht.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Menschen sagen: Es kann doch nicht sein, dass hier immer weitergemacht wird wie seit Jahrzehnten, obwohl wir gleichzeitig wissen, dass es Möglichkeiten gibt, den Bauschutt aufzubereiten und wiederzuverwenden. – In diesem Land landet Bauschutt aber immer noch auf der Deponie. Das kann nicht sein. Es muss beendet werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich müssen wir uns die Frage stellen, ob die großen Logistikzentren beispielsweise von Amazon, die in der jüngsten Vergangenheit entstanden sind, tatsächlich in dieser Form sein müssen. Bäuerinnen und Bauern, die diese Flächen von zig Hektar sehen, fragen sich schon, welchen Wert eigentlich ihr Ackerland hat, wenn es einfach so verbraucht werden kann.

Wir führen auch die Debatte darüber, wie viel Solarfläche im ländlichen Raum wir zulassen. Auf diese Gebäude der Logistiker gehören zuallererst Solaranlagen. Danach kann man in der Tat in die Freifläche gehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich finde es schon entscheidend, wie Sie den ländlichen Raum betrachten, Herr Rasche. So, wie Sie es beantragt haben, ist das der Blick von oben herab auf den ländlichen Raum.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sagen: Wollen wir doch einmal schauen, wie wir die Menschen aus den Städten, die dort keine Wohnung mehr finden, im ländlichen Raum platziert bekommen. – Der Kollege Nolten hat Ihnen bereits gesagt, dass gerade in den Speckgürteln überhaupt nichts mehr geht. Das ist also gar nicht die große Alternative.

Die Menschen, die auf dem Land leben, leben gerne dort und denken sich etwas dabei. Die Menschen, die in unseren Großstädten leben, wollen bewusst dort leben und denken sich auch etwas dabei. Deshalb lösen wir die Wohnungsprobleme von Bonn nicht in der Eifel, sondern müssen sie schon in Bonn lösen. Anders wird es aus meiner Sicht nicht gehen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie haben verlangt, dass wir das Angebot an Bildung, Kultur, Sport und Freizeit deutlich ausbauen.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

– Herr Rasche, da sind wir bei Ihnen; das finden wir durchaus richtig. Ich sage Ihnen aber: In den 60er-Jahren war es kein Problem, einen Telefonanschluss zu bekommen, wenn Sie einen Bauernhof 10 km von der Ortslage entfernt hatten. Beim Breitbandausbau ging genau das dann aber jahrelang nicht. Es hing allein davon ab, ob es sich für das Unternehmen, das die Strippen gezogen hat, rechnet. Genau das war das Problem.

Die Bahnhöfe, die in Deutschland geschlossen wurden, und die Zigtausenden Bahnkilometer, die abgebaut wurden, sind geschlossen und abgebaut worden, weil eine Partei wie Ihre eine Privatisierungsideologie durchgesetzt hat. Das ist das Problem der ländlichen Räume.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn es nach Ihnen ginge, wenn es nach der FDP ginge, würden die Züge nur noch zwischen Köln und Berlin fahren, weil sich das lohnt.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Deshalb ist Ihr Engagement für den ländlichen Raum lächerlich. Das nimmt Ihnen keiner ab.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Es geht um die Solidarität zwischen den städtischen und den ländlichen Räumen. Wenn wir jedoch solidarisch miteinander umgehen und Flächen erst in Anspruch nehmen, wenn es unbedingt sein muss, wenn wir den Breitbandausbau für alle Menschen in unserem Land ermöglichen, wenn wir die Grundschulen im ländlichen Raum genauso wichtig nehmen wie die Grundschulen in der Stadt, wenn wir die Menschen gleichbehandeln, habe ich keine Sorge, dass die Menschen in diesem Land sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum gut miteinander leben und ihre Zukunft gut meistern werden. Dazu hätte es Ihrer Aktuellen Stunde heute allerdings nicht bedurft, denn das schaffen die Menschen auch ohne die FDP. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD spricht Herr Keith.

**Andreas Keith**<sup>\*)</sup> (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte FDP, ich muss zugeben, dass sowohl Ihre Aktuelle Stunde als auch Ihr Antrag die volle Wucht in Tüten sind, aber nicht weil Sie so brillant wären, sondern weil Sie damit genau diejenigen Missstände im ländlichen Raum aufgreifen, die die FDP in den vergangenen fünf Jahren stets mitverwaltet, aber nie gelöst hat. Sie beantragen eine Aktuelle Stunde, weil der Ge-

meindebund auf den relativen Wohnungsleerstand im ländlichen Raum hinweist. Die AfD-Fraktion hat darauf – das wurde eben angesprochen – in Person von meinem damaligen Kollegen Roger Beckamp allerdings schon 2019 aufmerksam gemacht.

Wir beantragten damals eine Untersuchung, inwieweit Behörden und Hochschuleinrichtungen auf das Land verlagert werden können, um die Ballungsgebiete zu entlasten, wie das zum Beispiel in Dänemark der Fall ist. Ich kann mich noch sehr gut an die an den Haaren herbeigezogenen Argumente erinnern, die Sie angeführt haben, damit Sie unseren Antrag ablehnen konnten – natürlich ohne eine bessere Idee zu haben.

Ein Jahr später passierte das Gleiche. Wir beantragten unter anderem, mit den kommunalen Spitzenverbänden zu prüfen, wie sich der Wohnungsleerstand im ländlichen Raum nutzen lässt. Auch hier gingen Sie nicht mit, obwohl Sie damals in Regierungsverantwortung standen und gute Veränderungen zumindest hätten anstoßen können. Sie waren jedoch zu sehr damit beschäftigt, die Wirtschaft und die Kultur auch im ländlichen Raum mit haarsträubenden Pandemiemaßnahmen stillzulegen und nichts, aber auch rein gar nichts gegen die unqualifizierte Massenzuwanderung in unsere Städte zu unternehmen.

Auch das kann ich Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege Rasche, nicht ersparen: Mein damaliger Kollege Roger Beckamp hatte hier ebenfalls recht. Ihre Migrationspolitik, auch die der FDP, ist und bleibt ein maßgeblicher Grund dafür, dass wir in Nordrhein-Westfalen diese Wohnungsknappheit haben.

(Beifall von der AfD)

Beim Lesen Ihres Antrags hat man das Gefühl, die FDP hätte in ihren Regierungsjahren Gardinen ausgesucht. Sie wollen den ländlichen Raum stärken. Das hätten Sie bereits in der vorigen Legislatur umsetzen können, wenn Sie unserem Antrag auf Senkung der Grunderwerbsteuer zugestimmt hätten. Stattdessen haben Sie damals allerdings mit verhindert, ländliche Regionen für junge Familien attraktiver zu machen. Selbst der Breitbandausbau, für den sich die FDP immer wieder ausgiebig lobt, ist in vielen ländlichen Gebieten bis heute komplett verschlafen worden.

Heute sprechen Sie von verpassten Chancen, abgehängten Regionen und sogar von maroden Schwimmbädern überall in Nordrhein-Westfalen. Liebe FDP, einen schönen guten Morgen, toll, dass Sie jetzt auch einmal wach geworden sind.

Wir haben auf den milliarden schweren Sanierungstau bei Sportanlagen, auf das Schwimmbadsterben vor allem auf dem Land, auf immer weniger Kinder, die schwimmen lernen und regelmäßig Sport treiben, auf das Personal, das aufgrund der miesen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in andere Berufe ab-

gewandert ist, immer wieder hingewiesen. Sie sprechen also ein wichtiges Thema an. Der Sport und das Ehrenamt spielen auf dem Land eine herausragende Rolle. Das ist aber nicht neu.

Ebenso wenig neu sind die Herausforderungen. Es sind Herausforderungen wie die Verkehrsanbindung, der Ärzte- und Lehrermangel oder die Überalterung, die den Mangel im Ehrenamt verstärkt. Aber was passiert, wenn keine Ehrenamtler mehr da sind, die das Dorfleben aufrechterhalten? Was passiert, wenn der Supermarkt, der Arzt oder die Sportstätte kilometerweit entfernt und mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer zu erreichen ist? Was passiert, wenn das Internet so langsam ist wie die Landesregierung bei der Umsetzung von erfolgreichen Maßnahmen? Die Menschen ziehen weg in die Städte und heizen dort den ohnehin schon überhitzten Wohnungsmarkt weiter an.

Besonders die freiwilligen Feuerwehren auf dem Land haben massiv mit der Überalterung und dem daraus resultierenden Personalmangel zu kämpfen. Was können wir also tun, um die Attraktivität des Ehrenamts zu steigern? Die AfD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen fordert die Anhebung des Ehrenamtsamtsfreibetrags, zusätzliche Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Tätigkeiten und die Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen als berufliche Qualifikation.

Apropos Ehrenamt: Alle hier versammelten Fraktionen haben unseren Antrag zur Förderung des Feuerwehrenehrenamts erst im November abgelehnt. Jetzt stellt sich die FDP aber allen Ernstes hin und spricht scheinheilig davon, endlich etwas für die freiwilligen Feuerwehren zu tun. Wir fragen: Was denn eigentlich? Ihr Antrag beschränkt sich allein auf die Forderung, zwei von Schwarz-Grün eingestampfte Förderprogramme fortzusetzen. Das ist gut, aber nicht gut genug.

Meine Damen und Herren, die Feuerwehren brauchen neben gutem Personal eine Ausstattung mit modernster Technik. Ohne eine geeignete Ausrüstung lassen sich weder Brände noch Fluten aufhalten. Das wurde während der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 mehr als deutlich.

Wir sind gespannt, ob Sie im Ausschuss konkretere Vorschläge zur Lösung der genannten Probleme im ländlichen Raum haben. Große Hoffnungen haben wir allerdings nicht. Der Überweisung des Antrags stimmen wir aber selbstverständlich gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Keith. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Gorißen.

**Silke Gorißen,** Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die ländlichen Räume haben für Nordrhein-Westfalen eine ganz besondere Bedeutung. Dort schlägt das Herz des Mittelstands, der das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft darstellt. Dort sind unsere Dörfer, unsere Orte, unsere kreisangehörigen Gemeinden. Sie bieten mehr als einem Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes Nordrhein-Westfalen einen wertvollen Lebens- und Arbeitsraum.

Die Stärkung unserer Dörfer ist erklärtes Ziel der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Wir als schwarz-grüne Landesregierung unterstützen die ländlichen Räume mit voller Kraft. Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein und werden ein modernes Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum ermöglichen. Mit der notwendigen digitalen Infrastruktur, dem Internetempfang, einem flächendeckenden 5G-Ausbau, bei dem wir in den vergangenen Monaten weiter ordentlich vorangekommen sind, aber auch mit einem funktionierenden, gut ausgebauten Verkehrsnetz wollen wir dies sicherstellen.

Wirtschaftswege sind elementar, um den ländlichen Raum zu erschließen und Erreichbarkeiten zu sichern. Aus diesem Grund hat das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz aktuell zum Beispiel 34 Förderanträge von Kommunen über insgesamt 11 Millionen Euro für die Modernisierung von Wirtschaftswegen im ländlichen Raum bewilligt. Damit können insgesamt viele Wirtschaftswege modernisiert werden, die nicht nur von der Landwirtschaft, sondern auch von den Menschen für tägliche Wege, Freizeit, Erholung, Tourismus, aber auch den Ausbau erneuerbarer Energien genutzt werden können.

Die Herausforderungen für die ländlichen Räume sind vielfältig. Wir reden da unter anderem auch über den demografischen Wandel, die Sicherstellung der Nahversorgung und die Gesundheitsversorgung. Bei Letzterer hat sich bereits viel getan. Die 2018 in Nordrhein-Westfalen eingeführte Landarztquote sorgt für Nachwuchsärztinnen und -ärzte im ländlichen Raum. Rund 180 Studienplätze jährlich werden in Nordrhein-Westfalen nur für diesen Zweck vergeben. 2025 werden die ersten Studierenden ihr Studium abschließen – ein Erfolgsbeispiel made in NRW.

Darüber hinaus bietet mein Haus weitere konkrete Angebote an, die explizit die ländlichen Regionen adressieren, diese entwickeln und kontinuierlich stärken. Derzeit führt das MLV die bisher getrennten Förderansätze der Strukturentwicklung ländlicher Räume und der Dorferneuerung zu einem einheitlichen Förderangebot zusammen, um so Synergien bei der Unterstützung der ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Dabei setzen wir Prioritäten, um im Zusammenspiel mit den fachspezifi-

schen Förderangeboten anderer Ressorts insgesamt ein attraktives und auf die Bedürfnisse des ländlichen Raums zugeschnittenes Förderangebot anzubieten.

Die Richtlinie zur Förderung der Struktur- und Dorfentwicklung konzentriert sich künftig auf die Kernthemen der integrierten ländlichen Entwicklung. Sie sieht zwar keine Förderung von Feuerwehrhäusern und klassischen, oft DIN-gerechten Vereinssportstätten vor, gefördert werden aber unter anderem soziale, wirtschaftliche und verkehrliche Infrastrukturen im Dorf – zum Beispiel Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrfunktionshäuser, Dorfläden, stationäre und mobile Grund- und Nahversorgungsangebote, Freizeit- und Naherholungseinrichtungen, Umnutzung von land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz sowie digitale Anwendungen.

Des Weiteren leistet das Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ der Staatskanzlei einen wesentlichen Beitrag, um im ländlichen Raum flächendeckend und wohnortnah modernste Sportanlagen und Bewegungsräume zu schaffen. Allein aus diesem Programm fließen in der aktuellen Förderperiode seit 2019 rund 185 Millionen Euro in die kreisangehörigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Das Förderangebot der Struktur- und Dorfentwicklung umfasst ferner für jedermann frei zugängliche Bewegungsräume mit hoher Aufenthaltsqualität und überwiegend lokalem oder regionalem Bezug. Konkret können im Bereich „Sport“ zum Beispiel öffentlich zugängliche Soccerfelder, Skaterrampen, Bouleanlagen etc. als Freizeitinfrastrukturen gefördert werden.

(Beifall von der CDU)

Den Bedarf an Unterstützung der Kommunen sowohl bei der Erhaltung der Infrastruktur des Brand- und Katastrophenschutzes als auch bei der Förderung von Sportstätten kann ich gut nachvollziehen. Allerdings erfolgte die Förderung der Feuerwehrhäuser durch das MHKBG in der Vergangenheit bewusst im Rahmen eines Sonderaufrufs, der parallel zu den Fördergrundsätzen der Dorferneuerung veröffentlicht wurde. Hierbei handelte es sich um eine befristete Anreizförderung. Finanzielle Spielräume für solche thematischen Sonderaufrufe bestehen derzeit allerdings nicht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auch wenn aufgrund der Rahmenbedingungen deshalb eine Prioritätensetzung geboten ist, wird das Förderangebot der Struktur- und Dorfentwicklung zukünftig eine feste Größe für die ländlichen Räume darstellen, auf die sich die ländlichen Räume bei uns verlassen können.

Die etablierte LEADER-Förderung stellt mit ihrem flexiblen und bürgerschaftlichen Förderansatz einen weiteren Förderschwerpunkt der ländlichen Räume dar. Ich freue mich sehr, dass seit Jahresbeginn ins-

gesamt 45 Regionen von diesem attraktiven und auf die örtlichen Bedarfe zugeschnittenen Förderangebot profitieren können.

Darüber hinaus werden diese Förderangebote sowohl durch Angebote des Zentrums für Ländliche Entwicklung zur Information und Vernetzung als auch durch den Dorfwettbewerb auf Landesebene flankiert, um ehrenamtliches Engagement sichtbar zu machen.

Ich darf es noch einmal ganz deutlich sagen: Der ländliche Raum und die Weiterentwicklung sind ein fester Bestandteil der Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD spricht nun die Abgeordnete Frau Durdu.

**Tülay Durdu<sup>\*)</sup>** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren der demokratischen Fraktionen! Ich komme aus dem Bergischen und lebe in Rösrath, bin also ein Teil des sogenannten ländlichen Raums. Insofern freue ich mich, dass wir heute die Zukunft und Entwicklung der ländlichen Gebiete in NRW diskutieren.

Das ist auch nötig, denn dort lebt immerhin ein Drittel der Bevölkerung. Es ist auch unbestreitbar, dass das Land vor ganz eigenen Herausforderungen steht. Bei uns auf dem Land lebt es sich eben anders als in der Stadt. Unbestritten ist aber auch, dass Stadt und Land in einem engen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Wer also erfolgreich zur Gestaltung des ländlichen Raums beitragen will, muss die Besonderheiten des Landes ebenso ernst nehmen, wie die Wechselwirkungen mit der Stadt. Beides gelingt der derzeitigen schwarz-grünen Landesregierung nicht.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Es ist aber auch falsch – meine Kollegin Frau Andrieshen hat schon darauf hingewiesen –, den ländlichen Raum einfach als Lösungsraum für die städtischen Probleme zu begreifen. Das ist er nämlich nicht, das kann er und muss er auch nicht sein. Das Land kann und wird die Wohnungsnot in den Städten nicht beheben, denn erstens ist der Leerstand in den Dörfern Nordrhein-Westfalens zu großen Teilen ein Mythos, auch der ländliche Raum kennt Wohnungsnot, und zweitens passt dieser Leerstand von Wohnraum, wo er besteht, entweder nicht auf den Bedarf, oder es liegt an ganz anderen Problemen, etwa an fehlenden Arbeitsplätzen oder mangelnder Infrastruktur. Denn das ist doch das, was fehlt: Bahnanschlüsse, Schulen, Kitas und Ärzte. Wenn das fehlt, ziehen junge Leute weg. Wenn das fehlt, ziehen junge Familien auch nicht mehr dahin, denn Wohnraum allein bietet

noch keine Perspektive. Doch genau darum geht es: Es geht um Perspektiven im und für den ländlichen Raum und nicht allein um die Wohnungsnot in den Städten.

(Beifall von der SPD)

Eine starke ländliche Wirtschaft und lebendige Dörfer und Kommunen sind laut Koalitionsvertrag erklärtes Ziel der Landesregierung. Da stimme ich sofort zu. Nur habe ich leider wenig Anlass, diesen Versprechen Glauben zu schenken. Denn Sie, sehr geehrte Kollegen von der grünen und der schwarzen Fraktion, streichen die Förderung von Sportstätten aus dem Dorferneuerungsprogramm und stampfen die Förderung für dringend benötigte Feuerwehrgerätehäuser ein; und das in einer Zeit, die noch von der Coronakrise geprägt ist und ganz im Zeichen des fortdauernden russischen Angriffs auf die Ukraine steht und in der die gesamte Gesellschaft unter erheblichem wirtschaftlichen Druck steht.

Über die Streichung des Sports aus der Dorferneuerung haben wir schon im vergangenen Sportausschuss am 14. März diskutiert. Wir wollten wissen, warum diese Streichung erfolgt. Verstanden hat es wohl da schon niemand, obwohl wir mehrfach nachgefragt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Die Förderung der Sportstätten in der Dorferneuerung ist hervorragend gelaufen, eine echte Erfolgsgeschichte. In den vergangenen vier Jahren wurden 31 Millionen Euro für die Dorferneuerung und davon ganze 22 Millionen Euro für die Sportstätten abgerufen. 22 Millionen Euro – das ist ein erheblicher Anteil. Dieser Anteil belegt doch, wie groß der Bedarf für die Unterstützung des Sports in unseren Dörfern ist. Trotz dieses großen Bedarfs wird der Sport aus der Förderung herausgenommen.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Wem wollen Sie das eigentlich erklären, Herr Dr. Nolten?

(Beifall von der SPD und der FDP – Zurufe von Dr. Ralf Nolten [CDU] und Thomas Schnelle [CDU])

Ich verstehe es auf jeden Fall nicht.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

– Jetzt spreche ich, und Sie hören zu und lachen sich selber aus.

(Beifall von der SPD und Susanne Schneider [FDP] – Zurufe von der CDU: Oh!)

Gleiches gilt für das Sonderprogramm zur Förderung der Feuerwehrgerätehäuser. Ich muss keinem hier erklären, wie wichtig die freiwillige Feuerwehr auf dem Land ist. Die meisten werden auch wissen, dass die Feuerwehr jede Hilfe gebrauchen kann, denn es

fehlt auch da an allen Ecken und Enden. Es fehlt an Nachwuchs, an Ausstattung und an Wertschätzung.

Wie kopflos das alles wirkt, sieht man auch daran, dass Minister Reul erst kürzlich vor den Delegierten der Landkreisversammlung des Landkreistags versichert hat, dass der Katastrophenschutz im ländlichen Raum gestärkt werden solle. Das ist auch gut so. Nur dann, in Gottes Namen, kürzen Sie doch nicht ausgerechnet bei der freiwilligen Feuerwehr.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Lebendige Dörfer gibt es nur durch lebendiges Ehrenamt. Gerade im ländlichen Raum spielt das Ehrenamt eine besondere, eine herausragende Rolle. Das ist ja auch klar, wenn wir uns vor Augen führen, was den ländlichen Raum als solchen natürlicherweise ausmacht, nämlich eine geringere Bevölkerungsdichte und eine geringere Dichte an Angeboten und Dienstleistungen. Auf dem Land wird die Daseinsvorsorge deshalb ganz grundlegend auch vom freiwilligen Engagement der Dorfgemeinschaften getragen. Hier gilt mein Dank natürlich allen Ehrenamtlern dieser Welt, dieser Nation und des Landes NRW.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Uns ist bewusst: Der Staat allein kann das nicht ersetzen. Das wissen Sie doch auch. Also legen Sie dem Ehrenamt doch bitte keine Steine in den Weg, sondern machen ihm endlich den Weg frei.

Mit dem schönen Motto „Stadt und Land – Hand in Hand“ hat Ministerin Scharrenbach bereits 2017 ihre Politik für den ländlichen Raum betitelt. Das bis heute sichtbarste Ergebnis sind die Heimatförderprogramme – sicherlich nicht der schlechteste Einfall der damaligen schwarz-gelben Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Aber ein Heimatprogramm ersetzt noch lange keine Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raums. Es schafft keine Infrastruktur, es schafft keine Breitbandanbindung und holt keine Ärzte auf das Land. All das brauchen wir aber für eine starke ländliche Wirtschaft und lebendige Dörfer.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Nur so schaffen wir doch Perspektiven für den ländlichen Raum. Wenn wir das nicht schaffen – in dieser Sache gebe ich den Kolleginnen und Kollegen der FDP gerne recht –, ziehen die Leute weiter in die Städte. Wichtiger als die Mietpreise ist nun einmal die wirtschaftliche Perspektive; wo sie fehlt, fehlen auch bald die Menschen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich komme zum Schluss: „Stadt und Land – Hand in Hand“ – das ist ein gutes Ziel.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Meckern Sie weiter. – Aber ich frage die schwarz-grüne Landesregierung: Wo sind Ihre Lösungen?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist einfach falsch! – Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Wo sind Ihre Ideen? Wann handeln Sie endlich? – Danke schön für die Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Beifall von der SPD und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Herr Wolters.

**Stephan Wolters (CDU):** Ich hoffe, dass ich eine angemessene Lautstärke hinkriege. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU ist und bleibt die Partei, die ländliche und urbane Räume zusammen denkt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, den ländlichen Raum zu stärken und zu fördern. Auch in dieser Legislaturperiode ist es unser Ziel, attraktive und lebenswerte Dörfer zu schaffen und zu erhalten, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und deren Struktur und Dorfentwicklung auch gezielt gefördert wird.

Wir begrüßen daher grundsätzlich den Antrag der FDP, um den ländlichen Raum zu thematisieren. Wie so oft mangelt es Ihrem Antrag jedoch an einer klaren Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Förderprogrammen und den Sonderaufträgen sowie an einer realistischen und effektiven Bewertung.

Lassen Sie mich folgende Punkte klarstellen: Dank des Förderprogramms „Moderne Sportstätte 2022“ konnten Sportvereine in Nordrhein-Westfalen mit 185 Millionen Euro unterstützt werden. Das ist wirklich eine Hausnummer.

(Beifall von der CDU)

Die daraus resultierenden Fortschritte werden in diesem Jahr evaluiert, um dann eventuell 2024 eine bedarfsorientierte und zielgerichtete Förderung von Sportstätten aufzubauen. All dies ist – wie Sie wissen, gerade an die FDP gerichtet – eine Frage von Haushaltsmitteln. Dass der Bund seine anteilige Finanzierung in 2022 eingestellt hat, ist nun wirklich mehr als bedauerlich.

(Beifall von der CDU)

Denn mit der abrupten Beendigung des Investitionspakts Sportstätten des Bundes steht das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ vor erheblichem Finanzierungsbedarf, obwohl bereits die Verlängerung diskutiert wurde.

Durch die Streichung der Mittel im Bundeshaushalt fehlt den Bundesländern ein wesentlicher Finanzierungsbaustein. Für das Jahr 2024 sind jetzt noch 121 Millionen Euro eingeplant, um das Förderprogramm 2021 und 2022 auszufinanzieren.

Im Jahr 2022 wurden in Nordrhein-Westfalen 66 Projekte mit 50 Millionen Euro umgesetzt. Ich möchte darauf verweisen, dass unsere Landesregierung zusätzlich die Modernisierung und Erstellung öffentlicher Begegnungsstätten aus den Finanzmitteln des EFRE-Programms „Nordrhein-Westfalen 2021-2027“ im Programmbereich „Lebenswertes Nordrhein-Westfalen“ fördert. Das dient unter anderem dem Zweck der Begegnung, der kulturellen und sozialen Versorgung sowie dem des Sports. Damit wird der ländliche Raum auch gestärkt.

(Beifall von der CDU)

Wir schaffen eine klare Abgrenzung zu anderen Förderangeboten und vermeiden letzten Endes ineffiziente parallele Förderstrukturen.

Ich möchte auch kurz auf dem Bereich der Dorferneuerung eingehen: Im Juli 2022 ist das Aufgabengebiet „Dorferneuerung“ vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung in das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz übergegangen. Zur Förderung der Strukturentwicklung ländlicher Räume gibt es den Förderbereich „Integrierte ländliche Entwicklung“ der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, also GAK. Seitens des MLV war bereits ein Förderangebot mit ähnlichen Zielsetzungen und letztlich auch der gleichen Rechtsgrundlage vorhanden.

Vor diesem Hintergrund sollen die getrennten Förderansätze „Strukturentwicklung ländlicher Räume“ und „Dorferneuerung“ zu einem einheitlichen Förderangebot zusammengeführt werden, um im Sinne der Effizienz entstehende Synergieeffekte nutzen zu können.

Das zukünftige Förderangebot der Struktur- und Dorfentwicklung konzentriert sich auf die Schaffung, Erhaltung, Verbesserung und den Ausbau von Freizeit- und Naherholungseinrichtungen. Attraktive Dorfkerne bleiben somit ein wichtiger Bestandteil der Förderstrategie des Landes für den Erhalt und die Entwicklung lebenswerter Dörfer und Orte in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens.

Wenn man einmal überlegt, woher dieser Förderbaustein kommt, dann können wir zu Recht stolz darauf sein.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich auch mit ein paar wenigen Worten auf die Förderung der Feuerwehrhäuser eingehen: Es war die Regierungskoalition von CDU und FDP, die 2021 und 2022 – zusätzlich und bewusst thematisch

abgegrenzt von den vorgenannten regulären Förderangeboten der Struktur- und Dorfentwicklung – zeitlich begrenzte Sonderaufufe zur Förderung von Feuerwehrhäusern aufgelegt hat.

(Zuruf: So ist es!)

Dass dies von Beginn an befristete Anreizprogramme waren, sollte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, eigentlich besonders klar sein.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Zudem möchte ich anmerken, dass der in Ihrem Antrag angesprochene Katastrophenschutz überhaupt nicht zu den definierten Fördergegenständen innerhalb der GAK gehört. Dieser liegt in der fachlichen Zuständigkeit vielmehr beim Ministerium des Innern.

Aufgrund der Absenkung des Haushaltsniveaus auf 28 Millionen Euro für 2023

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

müssen wir uns auf die Konzentration eines attraktiven Förderangebots im Bereich der Kernthemen integrierter ländlicher Entwicklung fokussieren.

Die Möglichkeit, thematisch abgegrenzte Sonderaufufe finanziell umzusetzen, besteht momentan leider nicht. Wenn die Verfügbarkeit von Mitteln im Bereich der Landesförderung für Dorferneuerung in Zukunft jedoch deutlich über das Niveau von 2023 hinausgehen sollte, müsste die Durchführbarkeit solcher fokussierten Sonderaufufe erneut überprüft werden.

Meine Damen und Herren, die CDU ist auch weiterhin verlässlicher Partner für die Entwicklung ländlicher Räume. Auch wenn aufgrund der oben genannten Rahmenbedingungen eine Prioritätensetzung absolut geboten ist, wird das Förderangebot der Struktur- und Dorfentwicklung auch zukünftig dazu beitragen, den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken.

Der Überweisung stimmen wir natürlich zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und Dr. Robin Korte [GRÜNE])

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP spricht ihr Abgeordneter Herr Rasche.

**Christof Rasche<sup>3)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zahlreiche Mitglieder von Feuerwehren und Sportvereinen werden die heutige Debatte verfolgen. Glauben Sie mir: Sie werden ihren Kopf schütteln, weil sie das einfach nicht verstehen.

(Beifall von der FDP)

Ich will es einmal an einer bemerkenswerten Sitzung des Sportausschusses am 13. März deutlich machen. Das ist noch nicht lange her. Ich habe dort gefragt: Warum sollen die Mittel für den Sport in diesem Strukturprogramm gekürzt bzw. gestoppt werden? Es war ein Vertreter aus dem Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz da. Die Antwort lautete: Die Nachfrage ist zu groß. – Ich habe darauf geantwortet: Wie absurd ist das denn?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Abschaffung eines Fördertatbestandes wird damit begründet, dass die Nachfrage und damit der Bedarf zu groß ist? Das war live im Sportausschuss am 13. März. Auch in der CDU-Fraktion im Ausschuss habe ich großes Kopfschütteln gesehen. Es gab viele, viele Nachfragen, und es baute sich ein gewisser Druck bei der CDU auf.

Plötzlich sagte der Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, so habe ich das nicht gesagt. Nur die Höchstsumme bei dem Fördertatbestand – bisher 500.000 Euro – wird reduziert auf 250.000 Euro. – Es ging ein Raunen durch den Ausschuss. Die Vertreter des Landessportbunds waren auch da. Alle waren heilfroh: Mensch, das wird doch nicht auf null gestellt. Wir können weiterhin auf diese Koalition bauen. Auch für den Sport wird in Nordrhein-Westfalen, gerade in den ländlichen Regionen, etwas getan. – Ein Aufatmen!

Die Staatskanzlei hat dieser Aussage des Ministeriums nicht widersprochen. Ich habe immer das Gefühl, die Staatskanzlei hat alles im Griff und weiß genau, was läuft.

Als wir aus diesem Ausschuss heraus auf den Flur gingen, waren die Vertreter des Landessportbunds, angefangen beim Präsidenten und beim Hauptgeschäftsführer, heilfroh, dass hier nicht ein gutes Programm auf null gefahren wird.

Einen Tag später, am 14. März, war die Ministerin Gorißen in einer Sitzung des Umweltausschusses selbst anwesend und hat klipp und klar gesagt: Das ist falsch. Die Förderung für Feuerwehrgerätehäuser und für den Sport wird in diesem Programm auf null gesetzt.

Das ist auch das gute Recht einer Koalition, und so wurde es auch gerade von der Ministerin dargestellt. Sie hat von neuen Prioritäten und neuen Kernthemen gesprochen. Das haben wir wahrgenommen. Da spielt dann eben der Sport keine Rolle mehr, und die Feuerwehren spielen auch keine Rolle mehr. Das ist doch die Antwort an das große Ehrenamt, das in diesem Bereich tätig ist!

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich sage Ihnen: Diese Priorität ist falsch. Das wollen die Menschen in Nordrhein-Westfalen so nicht. Ich

habe eben beim Thema „Feuerwehren“ deutlich gemacht: Ja, das Programm von CDU und FDP war zeitlich begrenzt. Ich habe eben aber auch schon gesagt, dass es eine klare Absprache gibt: Wenn die Nachfrage groß ist, werden wir es nicht nur fortsetzen, sondern die Summe erhöhen. Und der Bedarf ist ja da.

Eindeutig werden der Städte- und Gemeindebund und der Landessportbund sich weiterhin für eine Korrektur der Politik dieser Koalition einsetzen. Die FDP wird dabei ein verlässlicher Partner sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Korte.

**Dr. Robin Korte (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe FDP, lieber Herr Rasche, Sie machen es sich hier als Opposition wirklich wahnsinnig leicht, und zwar in zweifacher Hinsicht.

Zum einen tun Sie dies schon bei der Auswahl und Themensetzung Ihrer Aktuellen Stunde. Sie haben offensichtlich – wahrscheinlich abends beim Bier – einmal die Presseschau des Städte- und Gemeindebundes gescreent, dann schnell ein paar Zitate von Herrn Sommer zusammenkopiert, in Antragsform gegossen und eingereicht. Eigene Ideen, eigene Leistungen? Fehlanzeige bei dieser Aktuellen Stunde!

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Aus welchem Dorf kommen Sie denn? – Christof Rasche [FDP]: Ihre Reden werden wir verschicken, die Feuerwehren werden sich freuen!)

Zweitens inhaltlich: Als Opposition ist es natürlich immer der leichte Weg, mehr Geld und noch mehr Förderprogramme zu fordern, um das eigene, scheinbar so große Herz für die Feuerwehr zu zeigen. Sie müssen sich da aber offensichtlich auch an Ihre eigene Nase fassen. Sie waren mit an der Regierung, als das Programm – ich zitiere den Titel – „Feuerwehnhäuser in Dörfern 2022“ aufgelegt wurde. Der Name sagt es schon: für das Jahr 2022. Die Befristung ist schon im Namen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Trotzdem kann man es fortsetzen!)

Ich gehe davon aus, dass Sie und Ihre Fraktion sich das damals gut überlegt haben.

(Weitere Zurufe von der FDP)

Jetzt aber nachträglich als Opposition auf die Idee zu kommen, dass man ein Programm, das bewusst einmalig angelegt war, eigentlich verstetigen wollte, ist scheinheilig, auch wenn Sie in Ihrem Antrag irreführenderweise von einem etablierten Programm sprechen. Das ist als Forderung sehr billig zu haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist das!)

Auch Ihre Behauptung, wir würden die Kommunen im ländlichen Raum beim Sport im Stich lassen, ist einfach falsch. Frau Ministerin Gorißen hat es eben gesagt. Es ist auch im Koalitionsvertrag nachzulesen, dass wir das Programm „Moderne Sportstätte“, aus dem auch jetzt noch Geld fließt, evaluieren und dann über ein Förderprogramm für die Sportstätten der Kommunen und seine Fortsetzung entscheiden werden.

Ihre mal eben so zusammengeflickschusterten Anträge wären daher eigentlich nicht der Rede wert.

(Dr. Ralf Nolten [CDU] geht zum Platz von Christof Rasche [FDP] und spricht mit ihm.)

Trotzdem kann ich die Aufregung von Herrn Nolten absolut verstehen, auch wenn Sie sich gerade offensichtlich wieder verbrüdern. Es fängt schon mit dem Titel der Aktuellen Stunde an: „Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen!“ Wo soll diese Landesregierung das denn bisher gemacht haben? Dazu fällt Ihnen nach wie vor nichts ein.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse in allen Teilen unseres Landes – ob Stadt, ob Land; von Köln über Kamen bis zum Kreis Kleve – ist und bleibt zentrales Ziel dieser Koalition, dieser Zusammenarbeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darum ruhen sich diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auch nicht aus, sondern arbeiten gemeinsam mit und im Sinne der Kommunen an Lösungen: durch den Einsatz für eine Altschuldenlösung für die von hoher Schulden- und Zinssatz betroffenen Städte und Gemeinden – darunter auch viele im ländlichen Raum –, die substanzielle Entlastung bringt, durch eine Entlastung der Kommunen anhand vieler kurzfristig helfende Programme im Rahmen des Sondervermögens „Krisenbewältigung“, durch den Einsatz für eine nachhaltige und für alle leistbare Mobilität in Stadt und Land, zum Beispiel durch Anbindung aller Kommunen über 20.000 Einwohner\*innen ans Schnellbusnetz und preiswerte Tarife im Nahverkehr.

(Carsten Löcker [SPD]: Das ist Realitätsverweigerung!)

Ich bin an der Stelle Minister Oliver Krischer sehr dankbar, dass er bis zum Ende Druck gemacht hat

und maßgeblich mit dafür gesorgt hat, dass das 49-Euro-Ticket kommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir arbeiten auch gemeinsam mit den Kommunen – das ist ein Punkt, den auch Sie ansprechen – für eine Digitalisierung im ganzen Land und das ambitionierte Ziel, im Laufe dieses Jahrzehnts ein flächendeckendes Glasfasernetz und ein flächendeckendes 5G-Netz in Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Bleiben wir kurz noch beim Thema Digitalisierung. Da zeigt sich einmal mehr, wie scheinheilig Ihre Aktuelle Stunde eigentlich ist. Sie schreiben, liebe FDP, dass Homeoffice eine echte Alternative für den ländlichen Raum sein soll. Aber war es nicht gerade die FDP, die sich auf Bundesebene gegen ein Recht auf Homeoffice und damit gegen einen guten Vorstoß von Bundesarbeitsminister Heil ausgesprochen hat und die das Vorhaben am Ende sogar verhindert hat? Ja, das waren Sie, das war Ihre Partei, Herr Rasche.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nun noch einmal zum aktuellen zentralen Thema dieses Antrags: dem Wohnen. Ja, die Wohnungsnot ist groß, und der Wohnungsdruck betrifft nicht nur, aber insbesondere die großen Städte. Hierfür braucht es Lösungen, gar keine Frage.

Sie aber präsentieren uns hier eine Scheinlösung, liebe FDP. Denn der Wohnungsmarkt ist längst auch im Umland, in den Umlandgemeinden der großen Städte angespannt. Die Menschen ziehen längst aus den großen Städten ins Umland. Das bedeutet keineswegs nur eitel Sonnenschein, sondern schafft dort auch Schwierigkeiten und Probleme: immer mehr Verkehr, mehr Bedarf an Bauland, mehr Bedarf an Kitas und Schulen. Es ist keineswegs so einfach, wie Sie die Sache darstellen, dass sich der ländliche Raum quasi bereitwillig als Suburbanisierungszone – das sind offensichtlich Ihre Fantasien; so klingt zumindest Ihr Antrag – für die Großstädte hergibt.

Zur Linderung der Wohnungsnot brauchen wir hingegen klügere, differenziertere Lösungen auch in den Städten; eine effizientere urbane Stadtentwicklung. Wohnen muss in Stadt und Land bezahlbar sein. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen dafür. Sie stehen für einen starken Mieter\*innenschutz und dafür, dass mehr Geld in die öffentliche Wohnraumförderung fließt, weil man gerade auch in unseren Städten Verdrängungsprozessen begegnen und entgegenwirken muss.

Genau das sind die Instrumente, die in den Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt helfen und die auch das Umland entlasten, die Sie aber, liebe FDP, nicht mit der Kneifzange anfassen würden, weil es ja politisch viel einfacher ist, das Umland zu zersiedeln, als in eine zeitgemäße Städtebau- und Mieter\*innenschutzpolitik zu investieren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Letztlich sind es wohl eher Sie, die mit dieser Aktuellen Stunde den ländlichen Raum und die Städte gegeneinander ausspielen wollen, indem Sie hier die alte Mär vom benachteiligten ländlichen Raum, den man nur mit maximal viel Neubau aufpumpen muss, bis er genauso geworden ist wie die Städte, aufleben lassen und politisch ausschachten wollen. Ich finde das nicht kreativ, ich finde das nicht zeitgemäß. Erarbeiten Sie doch lieber Lösungen mit uns, anstatt mit derart platten Anträgen politische und siedlungsstrukturelle Geländegewinne machen zu wollen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Korte. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Clemens.

**Carlo Clemens (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die von der FDP beantragte Aktuelle Stunde zum Verhältnis von Stadt und Land in unserem Heimatland NRW greift ein Thema auf, das in verschiedenen Fachressorts grundsätzlich ein Überthema sein sollte. Es geht um die als Staatsziel im Grundgesetz in Art. 72 und Art. 106 verankerten gleichwertigen Lebensverhältnisse in unserem Land, also um die gleichmäßige Entwicklung aller Teilräume, vor allem bezogen auf Daseinsvorsorge, Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten.

Im Raumordnungsgesetz heißt es in § 2 Abs. 2 Nr.1 – ich zitiere –:

„Im Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen sind ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben.“

Genau darüber, inwieweit wir solche ausgeglichenen Verhältnisse in NRW haben oder nicht, müssen wir auf der Grundlage regionaler Strukturkennzahlen sprechen. Daran muss die Opposition die Regierung immer wieder messen.

Der in Ihrer Antragsbegründung hergestellte Zusammenhang mit der Wohnungsnot in den Metropolen ist allerdings entbehrlich. Er wirkt konstruiert und lenkt durch die von Ihnen vorgenommene funktionale Degradierung der ländlichen Räume vom Eigenwert gleichwertiger Lebensverhältnisse für die Menschen ab. Sie erwecken damit falsche Hoffnungen.

Ich habe mich allerdings schon gewundert, dass Sie sich in diesem Zusammenhang nicht auf die breit rezipierten Äußerungen der Bundesbauministerin gegen-

über den Zeitungen der FUNKE Mediengruppe bezogen haben.

Wie dem auch sei: Die Idee, Menschen durch bessere Lebensbedingungen im ländlichen Raum zum Umzug aus mit der Wohnungsnot überforderten Städten zu bewegen, klingt zunächst plausibel, aber wir haben fundamentale Zweifel an Ihrer Analyse.

Es fängt mit den genannten Zahlen an. Laut dem Forschungsinstitut empirica stehen in ganz Deutschland aktuell nur 600.000 leerstehende Wohnungen dem Markt tatsächlich zur Verfügung, davon nur 400.000 außerhalb der Städte mit ihrem Umland. Das entspricht nur 1 % des gesamten Wohnungsbestandes. Die restliche Leerstandsreserve müsste erst einmal aufwendig saniert werden.

In NRW dürfte die Zahl der leerstehenden und bezugsbereiten Wohnungen bei unter 100.000 liegen. Und auch diese höchstens 100.000 Wohnungen kann man nicht so einfach aktivieren, denn leider ist NRW nicht von einer räumlichen Konvergenz, also einer allmählichen Annäherung, sondern vielmehr von einer zunehmenden räumlichen Polarisierung geprägt. Das betrifft unter anderem die Demografie, die Arbeitsmärkte, die Einkommen, die soziale Lage, die Bildungschancen und die Versorgung mit harter und weicher Infrastruktur.

Was in Jahrzehnten versäumt wurde, auch unter Ihrer Regierungsbeteiligung in Bund und Land, soll jetzt unter dem Druck der Wohnungsmarktverhältnisse quasi über Nacht nachgeholt werden. Jetzt entdecken Sie auf einmal das Land als eine Art Überlaufräum der Metropolen. Das ist aber eine falsche Vorstellung, die Ihnen die Bürger auch nicht abkaufen werden, genauso wenig wie Ihre neue, wenig glaubwürdige Rolle als Anwalt des ländlichen Raums.

Sie verbreiten auch völlig übertriebene Hoffnungen im Hinblick auf die Potenziale der Telearbeit. Als ob jeder die ganze Woche über im dörflichen Homeofficeidyll arbeiten könnte, wenn wir tatsächlich flächendeckend Glasfaseranschlüsse hätten! Tatsächlich sind die Pendelzeiten in die Zentren nur für wenige Arbeitnehmer nebensächlich.

Die reine Homeofficearbeit ist wegen ihrer Auswirkungen auf die Betriebsgemeinschaft und die Arbeitsproduktivität für viele Branchen allerdings nicht geeignet. Ein Heizungsbaumeister kann die weltklimarettenden Wärmepumpen schlecht virtuell einbauen, ganz abgesehen davon, dass wir das schnelle Internet noch immer nicht bis zur letzten Milchkanne gebracht haben.

Ende 2021 hatten nur 7 % der deutschen Haushalte einen Glasfaseranschluss. Die OECD-Länder kommen hier im Durchschnitt auf 35 %, Spanien sogar auf 80 %. Und leider liegen die wenigen schnellen

Leitungen, wie Sie sich natürlich denken können, eher in den Metropolräumen als in der Provinz.

Angesichts solcher Defizite erfordert die Aufwertung der vernachlässigten ländlichen Räume im Sinne gleichwertigerer Lebensverhältnisse gewaltige staatliche Investitionen – und das über einen sehr langen Zeitraum. Hier muss die Landesregierung natürlich viel mehr machen.

Ihr Antrag hilft allerdings nicht weiter. Wir müssen auf andere Wege und Mittel setzen, um den Neubau anzukurbeln und die steigende Nachfrage nach Wohnungen in den Griff zu bekommen. Wir stimmen der Überweisung natürlich trotzdem zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Clemens. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit befinden wir uns am Schluss der Aussprache. Ich schließe die Aktuelle Stunde und die Beratung zu dem Antrag.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3657. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/3657 an den Sportausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen.**

Wir kommen zu:

## **2 Nordrhein-Westfalen wird Fahrradland – Klimaziele erreichen, Radverkehrsinfrastruktur stärken**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/3675

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Kollegin Wendland das Wort.

**Simone Wendland<sup>1)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin neulich auf eine ganz interessante Europakarte gestoßen, in der Fahrradwege rot eingezeichnet waren. Die Karte machte deutlich, wo die größte Dichte an Fahrradwegen herrscht. Die Niederlande waren quasi durchweg knallrot, während man in Frankreich, Spanien und